

Der Vorsitzende des
Ausschusses für Soziales
der Stadtverordnetenversammlung
Amt der Stadtverordnetenversammlung
Rathaus-Schloßplatz 6-65183 Wiesbaden
Telefon (0611) 31-4554
Telefax (0611) 31-3902
E-mail: stadtverordnetenversammlung@wiesbaden.de
Sachbearbeiter: Herr Weinert
E-mail: dietmar.weinert@wiesbaden.de
Wiesbaden, 19. April 2007

1. Den Mitgliedern des
Ausschusses für Soziales
2. Den Fraktionen
3. Dem Magistrat
4. Nachrichtlich
Frau Stadtverordnetenvorsteherin

Einladung

**zur öffentlichen Sitzung
des Ausschusses für Soziales
am Mittwoch, 25.04.2007, um 17:00 Uhr,
Rathaus, Raum 22 (EG), Schloßplatz 6, Wiesbaden**

-Vor Eintritt in die Tagesordnung findet eine Bürgerfragestunde statt (höchstens 15 Minuten).-

Tagesordnung I

1. **07-A-16-0002**
Eingaben von sozialen Einrichtungen und Institutionen
2. **07-V-01-0003** **ANLAGE**
Teen Courts
- Beschluss des Ausschusses für Soziales vom 29.11.2006 -
3. **06-F-02-0024** **ANLAGE**
Fortentwicklungsgesetz zu Hartz IV
- Beschlüsse der Stadtverordnetenversammlung vom 21.9.2006 und 15.12.2006 -
- Beschluss des Ausschusses für Soziales vom 28.2.2007 -

4. 07-F-25-0013

ANLAGE

Kita Sonnenberg

- **Beschluss des Ausschusses für Soziales vom 8.2.2007** -

5. 06-V-51-0042

DL 40/06-7, 33/06-5,32/06-11, ANLAGE

Kinder in den Mittelpunkt;

- **Beschluss des Ausschusses für Soziales vom 1.11.2006** -

6. 07-F-25-0023

ANLAGE

Umsetzung Zusätzliche Betreuungszeit (3 Stunden pro KT-Gruppe und Woche)

- **Beschluss des Ausschusses für Soziales vom 28.2.2007** -

7. 07-F-25-0024

ANLAGE

Umsetzung der Erhöhung der Zuschüsse an die Elterninitiative und kleinen Träger um 20 %

- **Beschluss des Ausschusses für Soziales vom 28.2.2007** -

8. 07-V-51-0020

ANLAGE

Qualitätshandbuch für Kindertagesstätten

Das Handbuch kann bei Amt 16 eingesehen werden.

9. 06-V-51-0077

DL 12/07-1

Bericht Tagesbetreuung für Kinder 2006

Der Magistrat berät hierzu in seiner Sitzung am 24.4.2007. Der Magistratsbeschluss wird nachgereicht.

10. 07-F-02-0002

ANLAGE

Sanktionen gegen Empfänger von Arbeitslosengeld II

- **Beschluss des Ausschusses für Soziales vom 24.1.2007** -

11. 07-V-51-0009

ANLAGE

Sachstandsbericht infrastrukturelle Einrichtungen im Gebiet Künstlerviertel;
- **Beschluss des Ausschusses für Soziales vom 24.1.2007** -

12. 07-F-06-0001 **ANLAGE**

Beratung über Lärmschutz im Kulturpalast
- **Beschluss des Ausschusses für Soziales vom 28.2.2007** -

13. 07-F-25-0032 **ANLAGE**

Familienfreundliches Wiesbaden I - Das Modell Mehrgenerationenhaus
- **Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 15.3.2007** -

14. 07-F-01-0026 **ANLAGE**

Unklarheiten beim Verkauf des Dekan-Bangert-Heims
- **Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 15.3.2007** -

15. 07-F-01-0043

Hartz-IV / Schlussfolgerungen aus der Praxis
- Antrag der SPD-Fraktion vom 17.4.2007 -

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

- den Geschäftsbericht SGB II zum Abschluss des Jahres 2006 möglichst bald vorzulegen,

- in diesem Zusammenhang über die Erfolge in der Betreuung von ALG-II-Empfängern zu berichten,

- in diesem Zusammenhang über die bestehenden Probleme bei der Umsetzung des Bundesgesetzes zu berichten,

- vorzutragen, inwieweit sich die Ergebnisse aus dem Geschäftsbericht mit den Erfahrungen anderer Kommunen vergleichen lassen.

16. 07-F-25-0044

Berichts Antrag Katholische Kindertagesstätte Herz Jesu
- Gemeinsamer Antrag der Fraktionen von CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP
vom 18.4.2007 –

Der Ausschuss für Soziales möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten über den aktuellen Sachstand zum Ausbau der Katholischen Kindertagesstätte Herz Jesu zu berichten.

17. 07-F-25-0043

Beitritt zum europäischen Städtenetzwerk "Cities for Children"
- Gemeinsamer Antrag der Fraktionen von CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP
vom 18.4.2007 -

Vorbemerkung:

Familienfreundlichkeit ist nicht nur ein Indiz für Lebensqualität, sondern auch ein wichtiger Standortfaktor, der mit Blick auf die aktuelle demographische Entwicklung in Deutschland in den kommenden Jahren zunehmen wird. Junge Frauen und Männer brauchen in Wiesbaden eine kinderfreundliche Stadtgesellschaft und günstige, verlässliche Rahmenbedingungen, damit sie sich für ein Leben mit Kindern entscheiden.

Von Bedeutung und großem Nutzen für Wiesbaden ist dabei der Austausch und das Lernen von anderen Kommunen – europaweit.

Auf Initiative der Landeshauptstadt Stuttgart, mit Unterstützung der Robert Bosch Stiftung und unter der Schirmherrschaft von UNICEF und in Partnerschaft mit dem Kongress der Gemeinden und der Regionen Europas des Europarates sowie dem Rat der Gemeinden und Regionen Europas sollen europäische Kommunen miteinander vernetzt, praktische Beispiele, konkrete Hilfestellungen und wissenschaftliche Erkenntnisse an die Mitglieder des Städtenetzwerkes weitergegeben werden. Das europaweit geplante Netzwerk soll am 25. Juni offiziell in Stuttgart gegründet werden.

Der Ausschuss für Soziales möge beschließen:

1. Die Landeshauptstadt Wiesbaden wird dem europäischen Städtenetzwerk „Cities for Children“ beitreten. Der Oberbürgermeister wird gebeten, die Vertretung der Stadt im Rahmen des Netzwerks festzulegen.
2. Der Magistrat wird gebeten, alle dafür notwendigen Schritte einzuleiten und dem Ausschuss für Soziales in seiner nächsten Sitzung am 13. Juni 2007 über den Stand der Vorbereitungen zu berichten.

18. 07-F-25-0042

Ferienbörse, hier: Optimierung bei der Ausgabe der Teilnehmerkarten

- Gemeinsamer Antrag der Fraktionen von CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP vom 17.4.2007 -

Vorbemerkung:

Laut Presseberichterstattung (Wiesbadener Kurier v. 05. März 2007) ist es bei der Ausgabe der Teilnehmerkarten für die Ferienbörse in den Osterferien zu technischen und organisatorischen Schwierigkeiten gekommen. Die Verteilung der Karten wurde deshalb bei vielen als ungerecht empfunden und hat auf Seiten vieler Eltern und Kinder zu Unzufriedenheit geführt. Das ist sehr bedauerlich, präsentiert das Amt für Soziale Arbeit doch zahlreichen Wiesbadener Kindern in den hessischen Schulferien ein vielfältiges und umfangreiches Erlebnisprogramm.

Der Ausschuss für Soziales möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten für die Ferienbörse in den Sommerferien ein Konzept zu erarbeiten, das

1. eine störungsfreie Internetvergabe der Teilnehmerkarten ermöglicht und gewährleistet, dass besonders beliebte Angebote nicht bereits im Rahmen des Internet-Kontingents ausgebucht werden können,
2. die Ausgabe der Karten für die Mitarbeiter der Verwaltung, für Eltern und Kinder effizienter gestaltet, indem ein Ort ausgewählt wird, der anders als das Rathaus Wartezeiten beispielsweise auf Grund einer Art Schaltersystems verkürzen kann und adäquate Spielmöglichkeiten für Kinder bereithält.

19. 07-F-01-0044

Ferienspiele / Osterferienprogramm des Amtes für Soziale Arbeit
- Antrag der SPD-Fraktion vom 17.4.2007 –

Die Osterferienspiele des Amtes für Soziale Arbeit waren erneut hervorragend nachgefragt, was auf die hohe Qualität des Programms schließen lässt. Allerdings war in der Presse zu lesen, „... das Computersystem der Stadt hielt dem enormen Ansturm nicht stand.“ (WK, 05.03.2007). Gleichzeitig seien einige Angebote trotz großer Nachfrage bereits nach kurzer Zeit ausverkauft gewesen.

Der Ausschuss möge daher beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu berichten,

- warum es zu der Computerpanne kam und welche Stelle dafür verantwortlich ist,
- wie eine solche Computerpanne beim nächsten Mal ausgeschlossen werden kann,
- ob sich besonders nachgefragte Angebote noch weiter aufstocken lassen und welche Kosten dafür auf die Stadt zukommen würden,
- wie sich eine Ausgabe der Karten weiterhin optimieren lässt und ob ein bestimmtes Kartenkontingent eventuell per Los zugewiesen werden kann, um eine Chancengleichheit zu erreichen.

20. 07-F-06-0018

Mitwirkung Personalrat bei Einsatz von ALG-II-Empfängern

- Antrag der Fraktion Linke Liste Wiesbaden vom 18.4.2007 –

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat möge berichten:

1. Ist es sichergestellt, dass die Personalräte der LHW, ihre Mitbestimmungsrechte, bei Einsatz von ALG II Empfängern, die zu zusätzlichen, im öffentlichen Interesse liegenden Arbeiten und gegen eine Mehraufwandsentschädigung herangezogen werden, ausüben können.

2. Wie werden die Betriebsräte, z.B. bei den HSK beteiligt, welche Vereinbarungen wurden getroffen.

21. 07-F-06-0019

Beschäftigung von Personen mit "Arbeitsgelegenheiten" in der WJW

- Antrag der Fraktion Linke Liste Wiesbaden vom 18.4.2007 –

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat möge berichten:

1. Wie viele Personen mit „Arbeitsgelegenheiten“ sind zur Zeit in der WJW beschäftigt?

2. Welche Tätigkeiten werden von diesen Personen verrichtet? Wir bitten um eine Auflistung mit möglichst genauer Beschreibung der Tätigkeiten und der Angabe der Anzahl der jeweils mit einer Tätigkeit befassten Personen.

3. Bekommen diese Personen mehr Aufwandsentschädigung? Wenn ja, wie hoch?

22. 07-A-16-0003

Bericht des Sozialdezernenten über aktuelle Entwicklungen und Vorhaben

23. Verschiedenes

1. **06-V-51-0074** **DL 09/07-3**
Wiesbadener Geschäftsbericht SGB II
2. **06-V-69-0017** **DL 09/07-5**
Projekt Soziale Stadtteilerneuerung Inneres Westend; Ausbau des Dachgeschosses im Georg-Buch-Haus, Wellritzstraße 38
3. **07-V-01-0004** **DL 09/07-6**
Jahresbericht des Seniorenbeirates 2006
4. **07-V-51-0004** **DL 09/07-10**
Allgemeine Sozialverwaltung; Mehrkosten für Porto und Druckaufträge
5. **07-V-51-0010** **DL 10/07-3**
"Les Canetons" e.V.; Bezuschussung von 10 neuen Krippen- und 20 Elementarplätzen
6. **07-V-51-0013** **DL 12/07-6**
Ausbauprogramm 421 neue Krippenplätze
Der Magistrat berät hierzu in seiner Sitzung am 24.4.2007. Der Magistratsbeschluss wird nachgereicht.
7. **07-V-66-0215** **DL 10/07-7**
Zusatzeinrichtungen für Sehbehinderte an Lichtsignalanlagen
8. **07-V-67-0002** **DL 12/07-11**
Neugestaltung Kinderspielplatz Büdingenstraße, Wiesbaden-Mitte
Der Magistrat berät hierzu in seiner Sitzung am 24.4.2007. Der Magistratsbeschluss wird nachgereicht.

Falls ein Ausschussmitglied an der Teilnahme verhindert sein sollte, wird um Weitergabe der Einladung gemäß § 62 HGO gebeten.

Seite 8 der Einladung zur Sitzung des Ausschusses für Soziales am 25.04.2007

Im Anschluss an die öffentliche Sitzung tagt der Ausschuss nicht öffentlich, falls Tagesordnungspunkte zur Beratung und Beschlussfassung in nicht öffentlicher Sitzung vorgesehen werden.

Diers
Vorsitzender